



Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (23.) und Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (58.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

16. September 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:26 Uhr

Vorsitz: Britta Oellers (CDU) (AGF)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkt:

NRW braucht einen Aktionsplan für die geschlechtergerechte Klima- gesundheit

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8894

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (23.)

16.09.2024

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (58.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

rt

Vorsitzende Britta Oellers: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie zur 23. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen und zur 58. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales ganz herzlich begrüßen. Meinen Kollegen Herrn Neumann entschuldige ich hiermit.

Wir führen heute eine Anhörung durch. Ich möchte die Sachverständigen ganz herzlich begrüßen, den einen Sachverständigen, der heute hier im Landtag ist, aber auch die drei, die auf dem Bildschirm zu sehen sind. Es sind Frau Professor Dr. Hornberg, Frau Professor Dr. Wotha, Frau Baltruks und Herr Maur. Herzlich willkommen und herzlichen Dank für Ihre Zeit und dafür, dass Sie uns bei diesem Thema unterstützen.

Die Einladung/Tagesordnung zu dieser Sitzung wurde unter der Dokumentennummer E18/876 (Zweiter Neudruck) veröffentlicht. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht.

Dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Die heutige Anhörung von Sachverständigen findet statt zum Thema:

NRW braucht einen Aktionsplan für die geschlechtergerechte Klimagesundheit

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8894

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Im Namen der Ausschussmitglieder danke ich den teilnehmenden Sachverständigen für ihre Bereitschaft, zur Klärung unserer Fragen beizutragen sowie für die vorab übersandte Stellungnahme.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Ich eröffne die erste Fragerunde und gebe das Wort an den Antragsteller. Herr Bakum, bitte.

Rodion Bakum (SPD): Auch im Namen der SPD-Fraktion danke ich herzlich den Sachverständigen, dass sie heute zugeschaltet oder in Person anwesend sind. Wir haben eine schriftliche Stellungnahme. Dafür bedanken wir uns bei Frau Baltruks. Das ist schon mal eine gute Grundlage.

Obwohl es keine Eingangsstatements gibt, wollen wir auch aufgrund der Tatsache, dass nur eine schriftlich vorliegt, mit einer allgemeinen Frage beginnen an Frau Professor Wotha. Frau Wotha, soweit wir informiert sind, sind Sie Sachverständige in der Kommission des vierten Gleichstellungsberichts, also Gleichstellung in der ökologischen Transformation, sodass wir Sie bitten würden, uns aus Ihrer Perspektive zu sagen, warum die Geschlechterperspektive in Klimafragen so wichtig ist.

Prof.'in Dr. Brigitte Wotha (Fachhochschule Kiel [per Video zugeschaltet]): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich bin Mitglied der Sachverständigenkommission zum vierten Gleichstellungsbericht, der diesmal das Thema „Sozialökologische Transformation“ hat. Es geht uns ganz klar darum, die Wechselwirkungen zwischen einer ökologischen Transformation und den sozialen Gesichtspunkten einzuführen. Die Idee dahinter ist, dass wir gerade die Klimastrategien ... Es wurde mal gesagt, dass Klima inzwischen so unangreifbar ist, dass man denkt, da können keine sozialen Gesichtspunkte einbezogen werden. Das ist natürlich etwas, was uns in der Umsetzung dieser sehr drängenden Frage drängt. Wir gucken jetzt alle immer parallel in den Süden und gucken, was da los ist. Deswegen ist der vierte Gleichstellungsbericht genau zu dem Thema. Da wird in allen Bereichen wie Arbeit, Energie, Landwirtschaft, Recht, Industrie, Gender, Gesundheit, Wohnen, Mobilität, Raumentwicklung und Energie untersucht, welche androzentrischen Strukturen diese Strategien verändern oder wo auch gerade durch den Gender-Daten-Gap Informationen fehlen oder auch solche Sachen, dass zum Beispiel die Care-Arbeit auch bei den Klimastrategien nicht berücksichtigt wird. Die dringende Notwendigkeit war eben, dass durch diese sehr drängenden Klimaanforderungen – denken Sie an Mobilität mit der E-Mobilität – bestehende Machtverhältnisse und Machtstrukturen, die wir haben, in der Regel verstärkt werden und dass es unbedingt ein Gegengewicht geben muss, um gerade die Menschen zu schützen, die von diesen Klimafolgen sehr stark beeinträchtigt sind, also insbesondere von Hitze oder auch von Niederschlagsereignissen, wie wir es gerade haben. Dazu gibt es inzwischen sehr viel Literatur.

Es ist gerade so, dass wir unter Gendergesichtspunkten eine Überrepräsentanz von Menschen haben – wir nennen sie „vulnerable Gruppen“ –, die einkommensärmer sind, die Älteren und die Alleinerziehenden, wo insbesondere die Frauen eine große Mehrheit darstellen. Aus diesem Grunde muss berücksichtigt werden, welche Folgen Klimafolgen gerade auf diese haben. Oder wenn wir uns die Pflegenden angucken, die dann ... Ich hatte irgendwo eine Zahl gefunden, gerade ganz frisch reinbekommen. 44 % der Pflegearbeiten werden von den Frauen gemacht. Diese haben gerade bei Hitze nicht nur die eigenen körperlichen, gesundheitlichen Folgen, sondern auch dadurch, dass sie die Verantwortung für Menschen übernehmen, die diesen Klimafolgen noch stärker ausgesetzt sind. Dadurch wird deren Situation schlechter. So etwas muss mitberücksichtigt werden.

Christian Berger (CDU): Auch von der CDU-Fraktion der Dank den anwesenden Experten, die uns heute mit ihrem Expertenwissen beglücken werden. Es freut uns sehr, dass auch eine Stellungnahme dazu eingegangen ist, die wir natürlich gelesen haben.

Jetzt kommen wir zur ersten Frage der CDU-Fraktion. Die stellen wir an Frau Professor Dr. Hornberg und an den Sachverständigen Maur. Die Frage bezieht sich auf die Hauptforderung des Antrags, unter anderem die Erstellung eines Aktionsplans für die geschlechtergerechte Klimagesundheit. Die Frage ist: Wie sehen Sie als Sachverständige die alleinige Fokussierung des Antrags auf diese Perspektive dieser Geschlechterthematik?

Prof.'in Dr. Claudia Hornberg (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank auch von meiner Seite, hier eingeladen worden zu sein.

Kollegin Wotha hat ja schon einige wichtige Punkte genannt. Ich würde gerne noch mal einen Schritt zurückgehen, allein schon mal in den Titel „NRW braucht einen Aktionsplan für die geschlechtergerechte Klimagesundheit“. Ich bin ein bisschen über den Begriff der „Klimagesundheit“ gestolpert – das sage ich offen –, weil da stecken vielfältige Punkte drin, das ist der Klimaschutz, das ist die Klimaanpassung. Das müsste man aus meiner Sicht durchdeklinieren.

Als allgemeine Anmerkung meinerseits: Vielfältige Auswirkungen der Klimakrise betreffen Natur, Gesellschaft, Wirtschaft, aber auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Das wird natürlich auch in Nordrhein-Westfalen inzwischen deutlich sichtbar. Wir haben die Situation des Temperaturanstiegs, wir haben aber auch Veränderungen der Niederschlagsmuster, wir haben häufigere Extremwetterereignisse, und wir haben damit auch vielfältige Auswirkungen – das ist für NRW von Bedeutung – auf die Biodiversität. Das sind Handlungsfelder, finde ich, die zeigen, wie breit man den Blick fokussieren muss.

Die Entwicklung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ist da natürlich zentral, um diese zu adressieren. Die müssen aus meiner Sicht auf verschiedene Bevölkerungsgruppen zugeschnitten werden. Wir nennen das ja inzwischen – nach COVID allen bekannt – die sogenannte vulnerable Bevölkerungsgruppe. Sie merken an der etwas breiteren Perspektive, dass es aus meiner Sicht notwendig ist, geschlechtsspezifische Unterschiede mit Blick auf das Thema „Klima und Gesundheit“ unbedingt zu berücksichtigen. Sprich: Frauen sind oft stärker von den gesundheitlichen Folgen der Klimakrise betroffen, sei es durch biologische Unterschiede, durch soziale Ungleichheiten oder auch wirtschaftliche Benachteiligung. Aber aus meiner Sicht ist eine Fokussierung auf das Geschlecht, sei es jetzt biologisches oder soziales Geschlecht, nicht ausreichend. Es greift zu kurz. Ich finde, wir müssten, um den Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit in Nordrhein-Westfalen wirklich gerecht werden zu können, über die Geschlechterdimension hinaus denken und da wirklich einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Wir sprechen in den Gesundheitswissenschaften immer von dem sogenannten Health-in-All-Policies-Ansatz oder auch von sogenannten health co-benefits, weil klar ist, dass die Klimakrise Menschen nicht nur aufgrund des Geschlechtes, sondern eben auch aufgrund anderer – das hat Kollegin Wotha gerade auch gesagt – sozialer und struktureller Faktoren wie Einkommen, Alter, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, aber auch – ganz wichtig – wie Gesundheitszustand oder auch soziale Isolation betreffen.

Deshalb ist aus meiner Sicht ein Aktionsplan zu dem Thema „Klimagesundheit“ wichtig. Es gibt einen hohen Bedarf, das Thema auch in Nordrhein-Westfalen anzugehen, aber meines Erachtens muss er weit über die Kategorie Geschlecht hinausgehen. Er sollte wirklich die Diversität in Anspruch nehmen und auch bearbeiten, um die Vielfalt der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen zu berücksichtigen und dann eben auch zu reflektieren.

So weit erst mal.

Herbert Maur (Feuerwehr Sankt Augustin): Zum Thema „Katastrophenschutz und Klima“ kann ich nur ganz kurz sagen: Wenn wir im Katastrophenschutz kommen, ist es meistens zu spät. Dann ist schon irgendetwas passiert. Mein Credo ist: Wir müssen auf Prävention setzen, dass vieles schon im Vorfeld passiert, vieles im Vorfeld auch schon durchgeführt wird, egal, welches Geschlecht, denn im Katastrophenschutz ist es völlig wurscht, wer zum Einsatz gerufen wird. Das sehen wir jetzt gerade im Süden wieder. Das haben wir aber auch 2021 im Ahrtal gesehen. Dort war es völlig wurscht, wer wem hilft. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt. Dass sich das Klima ändert, darüber brauchen wir nicht zu reden, das weiß jeder, das sieht jeder. Dass es wärmer wird, das weiß auch jeder. Man muss sich aber Gedanken darüber machen: Wie schützt man die Personen im Katastrophenschutz, speziell wenn die Katastrophe eingetreten ist? Was kann man schon im Vorfeld tun? Für Feuerwehren oder Katastrophenschutz allgemein geht es um Kleidung, dass die Einsatzkräfte entsprechend ausgestattet sind mit dünnerer Kleidung für spezielle Einsatzkräfte. Das ist nicht mitberücksichtigt. Hier muss man den Weg finden, einen kleinen Spagat finden: Wie kriegt man das hin zwischen Mann und Frau? Denn das ist aus Sicht des Katastrophenschutzes völlig egal. Wenn man zum Einsatz gerufen wird, muss man kommen, und dann wird man auch so eingesetzt.

Was vielleicht der eine oder andere nicht weiß, ist, dass der Katastrophenschutz zu 95 % aus ehrenamtlichen Mitgliedern besteht. Da muss man genau sortieren können, zu welchen Einsatzszenarien man gerufen wird. Da ist es zunächst einmal völlig egal, welches Geschlecht man hat.

İlayda Bostancıeri (GRÜNE): Vielen Dank vonseiten der grünen Fraktion an die vier Sachverständigen, dass Sie sich die Zeit nehmen und sich unseren Fragen stellen.

Vielen Dank an Frau Baltruks für die Stellungnahme, die vorab eingegangen ist. Sie zeigen am Beispiel der Hitze, dass wir die Risiken sehr differenziert betrachten müssen. Meine Frage richtet sich an Frau Baltruks, an Frau Wotha und an Frau Hornberg, was das aus Ihrer Sicht für die Erarbeitung von politischen Maßnahmen bedeuten kann.

Dorothea Baltruks (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit [per Video zugeschaltet]): Vielen herzlichen Dank für die Frage und auch für die Einladung, über dieses Thema zu sprechen.

Ich möchte im Prinzip vor allen Dingen Frau Hornberg und Frau Wotha zustimmen. Natürlich ist das Geschlecht nur eine der vielen Dimensionen, die man sich angucken muss bei dem Schutz von vulnerablen Gruppen im Kontext des Klimawandels. Ich halte es – das habe ich hoffentlich in meiner Stellungnahme zum Ausdruck gebracht – grundsätzlich für sinnvoll, die Variable des Geschlechts besser zu verstehen. Da fehlt es uns in vielerlei Hinsicht noch an Daten, also wie gerade politische Maßnahmen auf Geschlechter unterschiedlich wirken, welche Konsequenzen wir da sehen, gerade wenn wir uns eben die Dimensionen von Care-Arbeit, von unterschiedlichen sozioökonomischen Verhältnissen angucken. Ich glaube, das ist sicherlich sinnvoll.

Was ich aber auch betonen möchte, ist, dass ich auch glaube, dass Geschlecht nicht das wichtigste Merkmal ist, sondern dass wir da viel differenzierter herangehen müssen, was Frau Hornberg auch schon dargestellt hat. Also, wir können nicht sagen, dass grundsätzlich Frauen zum Beispiel eine vulnerable Gruppe sind oder gefährdeter sind als Männer, sondern es sind einfach unterschiedliche Risiken, die die Geschlechter überproportional betreffen. Das habe ich eben am Beispiel Hitze versucht deutlich zu machen.

Das heißt also, in Bezug auf die politischen Maßnahmen würde ich sagen, grundsätzlich halte ich es für sinnvoll, die Datenerhebung zu verbessern und ...

(Aussetzen der Videoübertragung)

Vorsitzende Britta Oellers: Sie kommen nicht gut rüber. Ich weiß, dass Sie selber dafür nichts können, aber die Leitung war gerade abgehackt. Wenn Sie die letzten zwei Sätze vielleicht noch mal wiederholen könnten.

Dorothea Baltruks (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit [per Video zugeschaltet]): Das tut mir leid.

In Bezug auf die politischen Maßnahmen würde ich sagen, es ist vor allen Dingen wichtig, dass wir besser evaluieren, welche Wirkung politische Maßnahmen (*akustisch unverständlich*) unterschiedliche Geschlechter haben.

Gleichzeitig würde ich sagen und das habe ich in meiner Stellungnahme ja auch schon erwähnt, wenn wir uns zum Beispiel Informationskampagnen angucken, die Bevölkerung aufklären wollen in Bezug auf Risiken, dann wäre Geschlecht tatsächlich etwas verkürztes, also einfach darzustellen zum Beispiel, dass wir Frauen besser schützen müssen (*akustisch unverständlich*), das wäre verkürzt, sondern da wäre es wichtig, eben diese intersektionale Perspektive (*akustisch unverständlich*) besser einzugehen, also zum Beispiel bestimmte chronische Erkrankungen in den Vordergrund zu nehmen und da aufzuklären, wie man sich verhalten muss, wenn es zum Beispiel Medikamenteneinnahme in vielerlei Hinsicht ein Risikofaktor sein kann. Man muss also differenzierter hingucken.

Als letzten Satz: Ich halte es für extrem wichtig, da auch Betreuungspersonen zu stärken, also das Gesundheitspersonal, Pflegefachpersonal zum Beispiel. Die können eine wichtige Rolle in der gezielten Aufklärung von Risikogruppen einnehmen.

Vorsitzende Britta Oellers: Herzlichen Dank, Frau Baltruks. Die letzte halbe Minute war schlecht zu verstehen. Vielleicht können Sie noch mal mit der Technik sprechen. Sie haben die Nummer. Vielleicht können Sie nachher das Bild ausmachen. Vielleicht haben wir dann eine bessere Tonübertragung.

Prof.'in Dr. Brigitte Wotha (Fachhochschule Kiel [per Video zugeschaltet]): Herr Maur hat darauf hingewiesen, dass es in dem Augenblick, wo der Katastrophenschutz

dankenswerterweise kommt, eigentlich zu spät ist, und das ist richtig. Die Aufgabe des Staates ist, Umwelt zu schützen, Gesundheit zu schützen und Frauen zu schützen.

Das Wasser, das kommt, trifft alle gleich, aber die Möglichkeiten, darauf zu reagieren, sind unterschiedlich. In einer Untersuchung wurde nachgewiesen, dass nach einem Hochwasserereignis die Frauen höheren psychischen Belastungen unterlegen sind. Das liegt zum einen sicherlich daran, dass sie auch noch für andere Leute gleichzeitig mitdenken. Darüber hinaus – es gibt auch Untersuchungen aus Österreich darüber – verfügen sie über weniger sogenanntes soziales Kapital, das heißt, die Netzwerke, die Verbindungen, die Möglichkeiten, mit den Folgen umzugehen. Da wir da auch intersektionale Aspekte mitberücksichtigen müssen, ist eben diese Überrepräsentanz bei den Einkommensärmeren zu sehen.

Mein Spezialgebiet ist die räumliche Planung. Ich sehe es natürlich auch gerade bei den Mehrfachbelastungen durch die Lebenssituation und die Alltagssituation in den Städten, die sich dann auf die Gesundheit auswirken.

Die Sorgearbeit hatten Sie angesprochen. Die Datengrundlage ist auch eine Möglichkeit, wo wir einfach mehr Informationen brauchen, weil viele Sachen sind einfach nicht untersucht worden. Wie wirkt sich die Care-Arbeit aus? Auch die Care-Arbeit wird zu 70 % ehrenamtlich von Frauen durchgeführt, unbezahlt, häuslich und unsichtbar. Auch da müssen wir eben sehen, wie wir deren Situation erleichtern können.

Es ist natürlich auch zu sehen, wie es mit der beruflichen Seite des Pflegepersonals aussieht, also die außerhäusliche Pflege. Sie haben die Kleidung angesprochen. Bei den Vorbereitungen zu dem Gleichstellungsbericht sind auch solche Sachen aufgekommen, dass eben Pflegepersonal, auch was Kleidung angeht, nicht angemessen berücksichtigt wird. Also, der Arbeitsschutz bei Hitze für die Pflegenden muss mitberücksichtigt werden. Das ist zum Beispiel ein Punkt.

Wenn wir beim Thema „Hitze“ bleiben. Wir hatten jetzt angefangen mit Wasser. Man kann sich, wenn man über die ökonomischen Verhältnisse verfügt, gut gegen Hitze schützen. Aber oftmals sind gerade die Gruppen, die wir vorhin angesprochen haben, in Wohnumfeldern, die sich nicht so gut gegen Hitze schützen können.

Ein anderer Punkt ist: Es gibt Untersuchungen, dass die häusliche Gewalt nach Hitzeeinwirkungen deutlich größer wird. Auch das ist ein Punkt, der speziell Frauen betrifft.

Zum Thema „Gesundheitsfolgen“: Da bin ich nicht die Expertin. Natürlich – darauf hatten Sie schon hingewiesen – sind gerade allergische Reaktionen zu berücksichtigen.

Das von meiner Seite.

Prof.'in Dr. Claudia Hornberg (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Ich kann mich auch hier meinen Vorrednern anschließen.

Ich möchte gerne zunächst an das Thema „Prävention“ anknüpfen. Es ist gerade richtig gesagt worden, Prävention ist eigentlich, wenn es zu Schadensereignissen gekommen ist, immer zu spät. Das heißt, ich würde dringend anraten, noch mal zu deklinieren: Was ist eigentlich Primär-, was ist Sekundär-, was ist Tertiärprävention? Wir laufen

da eigentlich immer hinterher. Wir sind weit weg vom Thema „Primärprävention“. Wenn ich mir anschau, dass wir uns damit befassen, Klimaanpassungsmaßnahmen nach vorne zu schieben, frage ich mich, warum Klimaschutz – ich nenne jetzt mal ganz konkret „Tempo 130“ – eigentlich nicht funktioniert. Die CO₂-Emissionsminderung ist ein uraltes Thema. Wir entkoppeln, finde ich, auch in der Presseberichterstattung, aber auch in der Perspektive eigentlich Ursache und Wirkung, und das gehört aus meiner Sicht ganz dringend zusammengedacht.

Der andere Punkt – den hatte Kollegin Wotha gerade auch angesprochen – ist die Planungsperspektive. Den würde ich sehr, sehr gerne aus der Gesundheitsperspektive mit aufnehmen. Umwelt- und auch Klimagerechtigkeitsfragen sind auch zentral, weil sie nicht losgelöst von Fragen der sozialen Gerechtigkeit gesehen werden können. Das heißt, wir brauchen aus meiner Sicht eine konsequente Integration von Gerechtigkeitsfragen in die klimapolitische Frage.

Ich fand, es war gerade sehr gut beschrieben aus Sicht der Planung, dass wir eben in Nordrhein-Westfalen historisch betrachtet immer schon in vielen Städten – der Hellweg von Duisburg bis Dortmund – ein Nordsüdgefälle haben. Wir haben in den nördlichen Bereichen mit Ausnahme von Bottrop eine hohe Verdichtung. Wir haben in den südlichen städtischen Bereichen eine hohe Durchgrünung. Das heißt, die soziale Lebenslage, aber auch die bioklimatologische Lebenslage ist sehr unterschiedlich. Das heißt, dass wir natürlich, wenn wir die bevölkerungsbezogene Perspektive aufsetzen oder auch, wenn wir uns die ärztliche Behandlungssituation uns anschauen ... Wir haben einerseits besonders empfindliche Gruppen, also die vulnerablen Gruppen, die gerade schon durchdekliniert wurden, also ältere Frauen, aber auch ältere Männer, bestimmte Berufe, ich nenne jetzt mal die im Freien arbeitenden Berufe, die besonders durch klimabedingte Gesundheitsschädigungen eine Beanspruchung erfahren, die, die eine zunehmende Erhöhung ihrer Arbeitsbelastung haben. Wir haben aber auch eine Vielzahl von chronischen Krankheiten, die auch ungleich verteilt sind in Nordrhein-Westfalen. Also, das Thema „chronische Krankheit und Medikamentenwirkung unter Hitze“ gilt es aus meiner Sicht – ich nenne mal die Zivilisationskrankheiten Diabetes, das sogenannte Metabolische Syndrom, Herz-Kreislauf-Erkrankungen – genauer anzuschauen. Das erfordert sicherlich mehr Datenerhebung zu diesen Themen.

Also, es ist wichtig, Daten zu sammeln, zu analysieren. Das macht das Landeszentrum für Gesundheit ja schon in Ansätzen. Da würde ich unbedingt sagen, da muss es mehr hingehen, um einfach die spezifischen Bedürfnisse, aber auch die Herausforderungen von verschiedenen Bevölkerungsgruppen – dazu gehört die Kategorie Geschlecht natürlich – besser zu analysieren.

Dieses Forschungsgebiet ist aus meiner Sicht noch relativ neu, hat aber viel Potenzial und, finde ich, sehr viel protektiven Effekt, um da eben mögliche Aktionspläne entsprechend auf den Weg zu bringen, um diversitätsspezifische Auswirkungen des Klimawandels noch mal stärker anzuschauen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich darf mich zunächst im Namen der FDP-Fraktion ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie hier entweder in Person oder an den Bildschirmen für unsere Fragen Rede und Antwort stehen.

Meine erste Frage möchte ich gerne an Herrn Maur richten. Die Feuerwehr ist ja an vorderster Front bei Extremwetterereignissen. Das haben Sie eben sehr bildhaft geschildert, insbesondere, welche Rolle das auch für Ihre Einsatzorganisation spielt, dass es da keinen Unterschied macht, ob man Männer oder Frauen in den Einsatz schickt. Jetzt schreibt die SPD in ihrem Antrag, dass zum Beispiel Frauen besonders von Hitze betroffen seien, während Männer vor allem durch risikoreiches Verhalten gefährdet seien. Das hat ja durchaus auch Einfluss auf Ihre Einsätze. Aber ich möchte Sie jetzt noch mal weitergehend fragen, ob Sie einen Bedarf sehen aus Ihrem Einsatzalltag für eine Änderung von Vorschriften und Richtlinien, vielleicht auch einen Schulungsbedarf im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit im Einsatz.

Herbert Maur (Feuerwehr Sankt Augustin): Das ist eine schwierige Frage. Grundsätzlich vorweg: Eine unterschiedliche Risikobereitschaft Männlein und Weiblein oder Frau und Mann, Mädchen und Jungen, denn die Feuerwehren sind bereits im Kindesalter mit dabei, kann ich nicht feststellen. Die Risikobereitschaft ist aus meiner Sicht, wenn man zu einem Feuerwehreinsatz gerufen wird, automatisch gegeben. Wenn etwas automatisch gegeben ist, macht es als Leitung einer Feuerwehr oder als Einsatzleiter schwierig, dann noch zu differenzieren: Gehe ich jetzt ein anderes Risiko ein oder nicht? Das wird von den hinteren Reihen entschieden. Jeder einzelnen Feuerwehrfrau, jedem einzelnen Feuerwehrmann ist dann zunächst einmal auch sehr bewusst, was – jetzt sind wir wieder bei dem Thema „Prävention“ – im Vorfeld schon alles geregelt worden ist, wie man sicher umzugehen hat, auch bei Naturkatastrophen. Das sind neue Erscheinungen, die dazukommen. Der Alltag eines Brandes oder eines Verkehrsunfalls, das sind alles Dinge, das kann die Feuerwehr, egal, ob im Ehrenamt oder hauptberuflich, locker abarbeiten, egal, ob Frau oder Mann.

Risikobereitschaft hin oder her. In Sankt Augustin gab es letztes Jahr einen schweren Unfall. Dort sind eine Frau und ein Mann ums Leben gekommen. Das ist das Risiko Feuerwehr. Das muss man ganz einfach betrachten. Da war es dann völlig egal, ob es Mann oder Frau ist in dem Moment.

Was ich mir wünschen würde – das muss ich hier ganz klar sagen –, ist, wesentlich mehr Frauen im Ehrenamt bei der Feuerwehr. Das ist für mich ein ganz wichtiger Aspekt, und der wird oftmals vergessen. Das Land hat viele Kampagnen gemacht, wo man gesagt hat: Frauen, macht doch mit bei der Feuerwehr, kommt weg vom Herd. – Da habe ich gesagt: Leute, kommt weg vom Herd zum Brandherd, das ist die falsche Art. – Ich rede jetzt so, wie mir der Schnabel gewachsen ist. Da muss man gucken – das ist für mich Prävention –, dass man schaut, dass sich dort nicht nur eine Männerdomäne breit macht bei den Feuerwehren, sondern auch, dass dort mehr Frauen aktiviert werden im Ehrenamt. Ich sagte es eben schon: 95 % der Feuerwehrleute sind Ehrenamtliche. Bei der Berufsfeuerwehr oder den Hauptamtlichen sieht das schon

wieder ein bisschen anders aus. Die verdienen damit ihr Geld. Aber Menschen retten, das macht das Ehrenamt; das möchte ich hier noch mal ganz deutlich herausheben.

Mein Wunsch ist, die Akzeptanz der Feuerwehr mit Frauen besser zu verknüpfen. Wir brauchen – ich sage Ihnen das hier so, und das kann ich landauf, landab sagen – einfach mehr Frauen in der Feuerwehr. Das ist kein reiner Männerjob. Wir haben in Nordrhein-Westfalen das BHKG. Das ist das Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz. Da steht ganz klar drin, was man machen kann. Da sind für alle Gruppen, egal, welches Geschlecht, Aufgaben, die man als Feuerwehr oder im Katastrophenschutz leisten kann, egal, ob das jetzt Hilfsorganisationen sind, THW oder sonst was, beschrieben, die man ausüben kann.

Dieses Gesetz von 2016 beinhaltet auch für viele behinderte Menschen Möglichkeiten. Ja, die dürfen wir auch nicht vergessen. Je mehr Menschen wir im Ehrenamt tätig haben, wo nicht nur überwiegend Männer sind, desto mehr verbessert sich das Klima im Ehrenamt, nicht nur das Klima von außen, sondern auch das Klima im Ehrenamt. Das ist für mich ein ganz entscheidender Faktor. Das würde ich mir wünschen, wenn wir das Augenmerk darauf legen würden.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Im Antrag ist ein Punkt als Forderung formuliert, der lautet: „Zukünftige Förderprogramme im Rahmen von Anpassung an klimatische Veränderungen konsequent an Geschlechtergerechtigkeit auszurichten.“ Diese Frage würde ich sehr gerne an Professor Wotha richten wollen. Wie würde denn dieser Punkt in der Umsetzung, also konkrete Förderprogramme konkret auch an Geschlechtergerechtigkeit auszurichten, beispielsweise für NRW konkret aussehen? Hätten Sie da Beispiele, die Sie uns nennen könnten?

Prof.'in Dr. Brigitte Wotha (Fachhochschule Kiel [per Video zugeschaltet]): Herzlichen Dank für die Frage. Ich bin, wie gesagt, keine Gesundheitsfrau, und deswegen sind meine Beispiele auch nicht aus dem Sektor. Aber zum Beispiel aus dem Mobilitätssektor ist ganz klar: Wenn es um E-Mobilität geht und wir die Förderung bei E-Mobilität sehen, dann hat es sich ganz klar gezeigt: So, wie diese Förderung ausgerichtet ist, ging sie auf die großen Autos, auf die SUVs, die mit E gebaut wurden, und nicht auf die kleinen. In Frankreich ist man da ganz anders vorgegangen. Frankreich hat generell kleinere Autos, aber in Frankreich hat man die Förderung so gekoppelt, dass man geguckt hat: Wie kann man das für alle Menschen zugänglich machen? Das heißt, je kleiner das Auto ist, desto größer war die Förderung, und nicht umgekehrt, dass je größer das Auto ist, desto mehr Förderung gibt es. Also, das ist zum Beispiel ein Beispiel, wo ich ganz klar sehen kann, wie man das koppeln kann.

Bei der Feuerwehr. Danke für das tolle Herd-Beispiel. Bei uns im Dorf haben sie tatsächlich mit dem Slogan geworben: Frauen an den Herd – an den Brandherd. – Ich habe mich sehr viel mit dieser Fragestellung „Ehrenamt und Frauen“ beschäftigt, auch da eben, dass man guckt, dass, wenn ich Geld für Öffentlichkeitsarbeit gebe, ich darauf achte, dass Geschlechter gleich dargestellt werden. Wir hatten gestern Mobilitätstag hier, und die Feuerwehr hat sich dankenswerterweise gezeigt, und die waren auch

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (23.)

16.09.2024

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (58.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

rt

mit der Jugendfeuerwehr da. Allerdings war auf der ganzen Fläche keine einzige Frau. Die haben mit einer großen Maschine gezeigt, wie man einen Wagen aufbricht. Da wäre es natürlich cool gewesen, wenn sie es geschafft hätten, auch eine Kollegin, eine Kameradin mit anzusprechen. Denn es funktioniert über Vorbilder. Das heißt, ich muss mir immer überlegen, wenn ich eine Förderung mache – die Kolleginnen haben vorher auch schon gesagt, wir müssen Maßnahmen evaluieren –, welche Bilder ich vermittele, wen ich damit unterstütze, wenn Sie an die Autos denken, an die E-Autos, und was ich damit erreichen will. So würde ich das einbringen. Mehr kann ich dazu im Augenblick nicht sagen, es sei denn, Sie fragen konkret nach.

Vorsitzende Britta Oellers: Die erste Fragerunde haben wir sozusagen rum. Wir steigen in die zweite Runde ein. Die SPD hat sich schon gemeldet. – Herr Bakum, bitte.

Rodion Bakum (SPD): Die zweite Frage geht an die drei Sachverständigen, die digital dabei sind.

Vorweg erlauben Sie mir bitte noch eine Klarstellung, weil die Kollegin Frau Müller-Rech vorhin aus unserem Antrag zitierte. Das schreibt nicht die SPD mit der höheren Risikobereitschaft, sondern die Landesregierung in einer Antwort auf unsere Große Anfrage, und zwar namentlich Karl-Josef Laumann, auch mit Quellenangabe Robert Koch-Institut. Wenn Sie der SPD nicht glauben, ich glaube, Karl-Josef Laumann kann man glauben, der hatte schon viele Ämter, aber kein gleichstellungspolitisches bisher.

In dem Zusammenhang die Frage an die Sachverständigen, welche Wissenslücken zu geschlechterdifferenten Gesundheitsfolgen der Klimakrise aus Ihrer Sicht geschlossen werden müssen.

Prof.'in Dr. Claudia Hornberg (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Ich knüpfe an meine Vorrednerin an. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, es gibt vom Robert Koch-Institut, weil das RKI schon benannt wurde, eine Beitragsreihe zum Sachstandsbericht „Klimawandel und Gesundheit“ aus dem Jahr 2023. Da ist eine ganze Reihe an unterschiedlichen Schriften, die sich zum Thema „Klimawandel und gesundheitliche Chancengerechtigkeit“ äußern. Eine der Arbeiten titelt „Eine Public-Health-Perspektive auf Klimagerechtigkeit“. Diese ganzen Schriftstücke bringen sehr, sehr viel ans Tageslicht auf Basis einer systematischen Analyse zu Zusammenhängen zwischen Klimawandelfolgen, sozialen Dimensionen, Anpassungskapazitäten, aber auch biologischer Empfindlichkeit und gesundheitlicher Chancengerechtigkeit. Insofern ist das, finde ich, eine Pflichtlektüre.

Jetzt konkret zu Ihrer Frage, wo wir Wissenslücken haben oder wo wir auch Handlungslücken haben. Den einen Teil hatte ich gerade schon adressiert. Das ist nach wie vor das Thema „vulnerable Gruppen“ vor dem Hintergrund der chronischen Erkrankung. Aus meiner Sicht ist der Begriff der UN-Behindertenrechtskonvention „chronische Krankheit“ der geeignete, um sich daran zu orientieren, weil wir da wirklich ein breites Bild haben. Wir haben auch die Gruppe der Menschen mit Behinderungen, die

in der jetzigen Diskussion weiterhin eine marginalisierte Gruppe darstellen, mit integriert. Deshalb war ich sehr dankbar für den Hinweis.

Wir haben in der letzten halben Stunde schon viel gehört zum Thema „Heterogenität der Lebenswelten“ und zu der damit verbundenen individuellen Betroffenheit durch den Klimawandel. Dem müsste man aus meiner Sicht mehr Rechnung tragen, indem man versucht, mehr Bürger und Bürgerinnen zu beteiligen. In Planungs-, aber auch in Entwicklungsprozessen müsste man viel mehr die Meinung, die Wünsche und auch die Ängste ... Wir haben ja ein eigenes Gebiet in der Psychiatrie beispielsweise, in der Psychologie, das sich mit dem Thema „Klimaangst“ beschäftigt. Nur wenn wir das machen, können wir auf diese Weise maßgeschneiderte Maßnahmen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen entwickeln.

Der andere Teil ist aus meiner Sicht: Wir brauchen ein kontinuierliches Monitoring – das war die Forderung 7, wenn ich das richtig erinnere –, und wir brauchen eine Evaluierung für die geschlechtergerechte Klimagesundheit mit festen Verantwortlichkeiten. Die Betonung liegt auf „feste Verantwortlichkeiten“. Das ist wünschenswert, denn wir brauchen ein Rahmenwerk für die verschiedenen Akteure und Akteurinnen. Wir brauchen die unterschiedlichen Expertisen und die unterschiedlichen Handlungsfelder in den verschiedenen Regionen Nordrhein-Westfalens. Das ist an der Stelle aus meiner Sicht vorhin schon deutlich geworden.

Am Anfang wurde kurz das Thema „gleichberechtigte Teilnahme von verschiedenen Bevölkerungsgruppen an politischen Entscheidungsprozessen“ angesprochen, natürlich auch insbesondere von Frauen. Das ist wichtig. Also, wir brauchen Netzwerke für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in der Klimapolitik. Da ist für mich schon häufig die Frage, wenn ich jetzt bei den Frauen bleibe, aber auch, wenn ich bei bestimmten Männern und Männergruppen bleibe: Werden wirklich die verschiedenen Organisationen bei der Entwicklung der Maßnahmen gezielt angesprochen und eingebunden, und werden die verschiedenen Zielgruppen dann eben auch in ihren Interessen berücksichtigt?

Und das andere Thema ist, nach wie vor werden die Gremien geschlechterparitätisch besetzt. Das ist im Kontext Klimaschutz und Klimaanpassung auch wichtig.

Dorothea Baltruks (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit [per Video zugeschaltet]): Erst mal: Ich würde eigentlich alles von Frau Professorin Hornberg unterschreiben, was sie gerade gesagt hat.

Vielleicht noch ergänzend dazu: Wo wir besondere Wissenslücken haben, ist diese intersektionelle Sichtweise auf Vulnerabilitäten, also zum Beispiel unterschiedliche Geschlechter, die zusätzlich eine sozioökonomische Benachteiligung haben, eben chronische Erkrankung, die zum Beispiel einen Migrationshintergrund haben, Geflüchtetenstatus. Wie sind die unterschiedlich betroffen, und wie wirken sich Maßnahmen auch unterschiedlich aus? Das ist auch ein wichtiger Bereich, wo wir, glaube ich, mehr Daten und mehr Forschung brauchen.

Zum anderen – das bezieht sich eigentlich auf viele Bereiche des Klimaschutzes und der Klimaanpassung – fehlt uns oftmals eine Evaluation von politischen Maßnahmen, also dass wirklich geguckt wird, wie die sich tatsächlich auswirken. Was funktioniert gut, was funktioniert vielleicht weniger gut? (*akustisch unverständlich*) eben auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen.

Und dann noch als Drittes. Wir hatten schon dieses Thema „Risikowahrnehmung“. Da möchte ich noch auf die Kommunikationswissenschaft eingehen, weil ich das auch für besonders wichtig halte. Also, wie kommunizieren wir an verschiedene Gruppen? Dazu gibt es einige wissenschaftliche Erkenntnisse. Tatsächlich ist es so, dass es Unterschiede gibt, inwieweit Männer und Frauen zum Beispiel bestimmte Risiken wahrnehmen. Das bezieht sich auf gesundheitliche Risiken. Das wissen wir aus der Public-Health-Forschung schon lange, dass Männer zum Beispiel Präventionsmaßnahmen weniger wahrnehmen, dass sie eher bestimmte gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen aufweisen, zum Beispiel viel trinken, mehr Übergewicht, zu hoher Fleischkonsum, solche Dinge. Das können wir in gewisser Weise auf Risiken im Kontext des Klimawandels übertragen.

Das heißt, wenn wir jetzt darüber nachdenken, wie man die verschiedenen Zielgruppen erreicht, dann ist es natürlich auch sinnvoll, zum Beispiel darauf zu achten, dass eine Risikokommunikation beide Geschlechter adressiert. Wenn wir jetzt eine Klimarisikokommunikation hätten (*akustisch unverständlich*), die nur ältere Frauen in Pflegeheimen darstellt, dann haben wir eine wichtige Zielgruppe erreicht, aber Männer, die zum Beispiel (*akustisch unverständlich*) im Freien arbeiten, werden sich dadurch nicht angesprochen fühlen und vielleicht grundsätzlich schon eine geringere Wahrnehmung von sich selbst als Risikogruppe haben. Da ist es wichtig, diesen Anteil von Geschlecht noch mal im Besonderen zu differenzieren, eben in Verbindung mit anderen personenbezogenen Faktoren.

Auch da, glaube ich, ist es sinnvoll, noch mal mehr Datenerhebung zu haben, inwieweit bestimmte Kommunikationsstrategien auch über (*akustisch unverständlich*) gut funktionieren oder weniger gut funktionieren, zum Beispiel auch mit dem Faktor Alter. Wir wissen, dass es bei einigen Gruppen auch eine unterschiedliche Wahrnehmung davon gibt, inwieweit Vertrauen da ist in etablierte Medien, in das, was politische Institutionen sagen, was die Regierung sagt. Auch da ist, glaube ich, die Differenzierung noch mal wichtig: Welche Gruppen erreichen wir im Moment besonders schlecht und müssen da besser hingucken?

Ich hoffe, das war jetzt technisch besser.

Vorsitzende Britta Oellers: Herzlichen Dank, Frau Baltruks. Es war schon besser, aber es war noch nicht gut, was die Tonqualität angeht. Die erste Minute war ohne Störung, und dann fingen die Störungen an, aber ich glaube, dem Sachverhalt konnte man gut folgen. Wir schauen in der nächsten Runde noch mal oder bei der nächsten Frage, wie es weitergeht.

Prof.'in Dr. Brigitte Wotha (Fachhochschule Kiel [per Video zugeschaltet]): Ich gehe wieder auf die Kollegin Hornberg ein. Sie sprach über die Beteiligung von Gruppen. Das war ja das, was ich vorhin auch schon angesprochen hatte, dass wir da gucken, wie wir zu einer stärkeren Forschung zu sozialen Netzwerken und Stärkung des sozialen Kapitals hingehen, wie Herr Maur das vorhin ganz klar gemacht hat. Ein Großteil der Aufgaben, die wir zu erledigen haben, wird immer noch ehrenamtlich erledigt. Das heißt, wir müssen auch gucken, auch in der Bewältigung der Hitze und Klimafolgen, auch in der Bewältigung der Katastrophen, wie wir eben diese nahräumlichen, lokalen Netzwerke stärken können. Das ist wieder aus planerischer Sicht, aber wir schaffen es nicht, mit staatlichen Institutionen alle die Aufgaben, die uns die Klimafolgen und Klimaanpassungsmaßnahmen geben, zu erledigen. Also müssen wir da auch gucken, wie wir das weiter stärken können.

Ein anderer Punkt auch wieder aus der planerischen Sicht ist natürlich, wie wir mehr Informationen über spezifische individuelle Alltagspraktiken und Alltagshandlungen bekommen. Denn da ist nachher unsere Problematik. Ich bin öfter in Wien und arbeite auch viel mit den Wiener*innen zusammen. Da haben wir gerade diese ganz praktischen Beispiele, dass es keine Sandkiste in Wohngebieten gibt, die nicht abgedeckt ist mit einem Sonnenschutz. Also, es sind nur Kleinigkeiten, aber es sind sehr klare Kleinigkeiten, also sich bewusst zu machen, wo wer individuell von den Klimafolgen betroffen ist. Das finde ich extrem wichtig.

Ich hatte vorhin schon Androzentrismus angesprochen. Da habe ich auch ein hübsches Beispiel. Das Energiebilanzmodell des Deutschen Wetterdienstes für die Berechnung der gefühlten Temperatur basiert auf – das werden die Kolleginnen wahrscheinlich wissen – einen männlichen Durchschnittsorganismus, dem sogenannten Klima-Michel, und der Klima-Michel ist 35 Jahre alt, 1,75 m groß und 75 kg schwer. Das ist natürlich auf die meisten Frauen nur schwer übertragbar.

Meral Thoms (GRÜNE): Meine Frage geht an Frau Baltruks, an Frau Professorin Hornberg und sehr gerne auch an Herr Maur, wenn er dazu antworten will.

Ich will in meiner Frage über die Geschlechterperspektive hinausgehen. Wir haben eben schon von Ihnen gehört, dass es verschiedene Variablen sind, die auf Vulnerabilität wirken. Ich möchte aufgreifen, was ich jetzt schon an mehreren Stellen gehört habe, die intersektionelle Perspektive, die wir zur Analyse einnehmen müssen und da ganz speziell, wenn Sie mögen, Menschen mit Rassismuserfahrungen – Frau Baltruks, das haben Sie in Ihrer Stellungnahme erwähnt – und auch Menschen mit Behinderungen herausgreifen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie darauf noch mal eingehen könnten: Was müssten wir in der Prävention tun, damit wir nicht immer viel zu spät sind? Ganz spezifisch haben wir eben das Thema „Monitoring“ angesprochen. Welche Daten müssten wir hier erheben, und was ist wichtig in der Versorgung zum Schutz vor Auswirkungen der Klimakrise bei diesen spezifischen Zielgruppen oder intersektionell Betroffenen auch vor dem Hintergrund Katastrophenschutz? Wie kann man diese Menschen erreichen, zum Beispiel ältere Frauen, die nicht richtig Deutsch sprechen, vielleicht auch mobilitätseingeschränkt sind? Wie schützen wir die am besten?

Vorsitzende Britta Oellers: Das waren jetzt mehrere Fragen. Ich würde sagen, die drei Damen wissen genau, auf welche Frage sie antworten werden. Wir fangen bei Herrn Maur an.

Herbert Maur (Feuerwehr Sankt Augustin): Was kann man vorbereiten für ältere Personen oder Personen, die der deutschen Sprache nicht so mächtig sind? Das sind halt Kommunikationshürden, die man hat. Ein gutes Beispiel aus dem Katastrophenschutz sind Katastrophenschutzleuchttürme, wenn eine Krise eingetreten ist. Der eine oder andere hat das schon mal gehört. Wenn jetzt aufgrund eines Unwetters der Strom ausfällt oder sonst was, wie wir das im Ahrtal erlebt haben, dann sind gerade diese Gruppen, die Sie angesprochen haben, am meisten betroffen. Hier kam eben auch schon mal heraus von den drei Damen, die online dazugeschaltet sind, dass hier auch der Bürger ein bisschen mitgenommen werden muss. Der Bürger ist ein ganz großes Bindeglied zu diesen Gruppen, die Sie gerade genannt haben. Diese Katastrophenschutzleuchttürme, wenn mal alles ausfällt, sind dann Anlaufstellen, wo sich der Bürger hinwenden kann: Was ist passiert? Wie kriege ich Erste Hilfe? Oder jetzt kommt das, was Sie gerade gefragt haben: Bei mir im Haus wohnen mehrere Damen, die nicht mehr aus dem Bett kommen, oder die verstehen uns gar nicht, was müssen wir denn jetzt machen? Dann muss man sich diesem Personenkreis annehmen. Denn wenn die Katastrophe da ist, ist es zu spät. Deswegen ist jetzt der richtige Moment, wo man an solche Dinge denken muss, wo man den Bürger – da sind natürlich auch die Kommunen gefragt –, die Kommunen mitnehmen muss: Baut etwas auf, habt Anlaufstellen für die Bevölkerung, wo die Informationen herkommen, wenn etwas Schreckliches passiert ist. – Das kann man im Vorfeld alles regeln.

Dorothea Baltruks (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit [per Video zugeschaltet]): Ich entschuldige mich noch mal für die technischen Schwierigkeiten. Ich kann meine Kamera sonst gleich auch ausmachen, falls es schlechter wird.

Vielen Dank für die Frage. Genau diese beiden Gruppen, insbesondere Frauen mit Rassismuserfahrungen bzw. Menschen mit Rassismuserfahrungen bzw. Migrationshintergrund, ich glaube, das ist ein ganz wichtiger (*akustisch unverständlich*), weil wir wissen, (*akustisch unverständlich*) Migrationshintergrund bzw. Rassismuserfahrung mit einer schlechten ökonomischen Lage oftmals verbunden ist, das heißt, oftmals prekäre Wohnverhältnisse, Arbeitsverhältnisse.

(Aussetzen der Videoübertragung)

Vorsitzende Britta Oellers: Jetzt sind Sie ganz weg.

Dorothea Baltruks (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit [per Video zugeschaltet]): Ich habe jetzt mal die Kamera ausgeschaltet. Vielleicht hilft das mit der Tonverbindung.

Vorsitzende Britta Oellers: Jetzt hören wir Sie wieder.

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (23.)

16.09.2024

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (58.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

rt

Dorothea Baltruks (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit [per Video zugeschaltet]): Mein Punkt war, dass Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Rassismuserfahrung natürlich oftmals einen schlechteren sozioökonomischen Status haben in Deutschland, das heißt, prekäre Wohnverhältnisse, prekäre Arbeitssituation, grundsätzlich einen schlechteren Gesundheitszustand, der eben ein höheres Risiko für die Folgen von Klimaauswirkungen darstellt. Das heißt, hier gilt es – da komme ich wieder auf diesen Health-in-All-Policies-Ansatz zurück –, grundsätzlich den Gesundheitszustand dieser Personen zu verbessern, indem man ihnen eben eine bessere Beteiligung am öffentlichen Leben ermöglicht.

Zum anderen ist da auch die Einbeziehung von anderen Institutionen für die Aufklärung bzw. die Vermittlung von Wissen und vor allen Dingen auch Handlungsoptionen relevant. Zum Beispiel können Institutionen, die Beratung für geflüchtete und migrierte Menschen vornehmen, einbezogen werden, Moscheen, Kirchen, religiöse Institutionen. Das wäre auch eine Möglichkeit.

In Bezug auf Menschen mit Behinderung würde ich sagen: Da gibt es vielleicht den Unterschied, also zum einen eine sehr spezifische Beratung vorzunehmen. Also, welche Vorkehrungen muss man selbst treffen, bzw. auf welche Dinge muss man achten mit bestimmten Vorerkrankungen oder Behinderungen, zum Beispiel in Hitzesituationen? Wir haben den anderen Teil der Menschen, der zum Beispiel in Einrichtungen untergebracht ist. Wir erinnern uns sicherlich alle an das schreckliche Beispiel vom Ahrtal, wo eine Einrichtung für Menschen mit Behinderungen betroffen war und tatsächlich auch einige gestorben sind. Das zeigt uns, dass gerade auch diese Einrichtungen dieses Katastrophenmanagement und eine Risikoeinschätzung selbst vornehmen müssen, um die Bewohner*innen zu schützen.

Und dann können auch Selbsthilfegruppen eine große Rolle spielen. Wir hatten da mal ein Projekt mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe, wo wir eben mit den Verbänden gemeinsam geguckt haben, welche Bedürfnisse es da gibt, bei welchen Erkrankungen oder welchen Behinderungen es sinnvoll ist, da noch mal besonders gut hinzugucken, und was sich die Gruppen selber an Informationsmaterialien, an Unterstützung und auch an gegenseitigem Support wünschen, denn die sind ja meistens die besten Expert*innen für ihre Vorerkrankungen.

Ich hoffe, das war jetzt einigermaßen verständlich.

Vorsitzende Britta Oellers: Ja, das war perfekt jetzt. Wir konnten Sie sehr gut verstehen.

Prof.'in Dr. Claudia Hornberg (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Es ist ja jetzt schon relativ viel gesagt worden zum Thema „Menschen mit Behinderung“. Was mir als Hintergrundbild an der Stelle immer eine Herzensangelegenheit ist, ist, sich von dem Behinderungsbegriff zu lösen, der einem assoziativ einfällt, also, es ist die Person im Rollstuhl. Die meine ich nicht alleine, sondern wir haben ganz unterschiedliche Behinderungsformen bis hin auch zu psychischen Erkrankungen, also Menschen, die nach außen hin eben nicht wahrnehmbar behindert sind. Wenn man

diese Diversität begreift, dann ist das hohe Anspruchsniveau, wenn man sich der Gruppe zuwendet und auch der UN-Behindertenrechtskonvention, ganz klar.

Ich war gerade sehr froh, dass der Klima-Michel angesprochen wurde. Das führe ich jetzt nicht näher aus. In Düsseldorf sitzt der VDI, der viel zu dem Thema gearbeitet hat.

Ich würde gerne aber noch mal auf das Thema „Versorgung“ kommen. Da ist mir als Ärztin wichtig, dass wir natürlich die Patienten und Patientinnen anschauen, die im ambulanten und stationären Sektor betreut werden dürfen und müssen. Aber wir müssen natürlich auch an die Gesundheitsberufe denken. Wir müssen an die Ärzte und Ärztinnen in den Kliniken denken, die – das haben wir ja in der COVID-19-Pandemie gesehen – zum Teil wirklich unter schwierigen Hitzebedingungen, wenn die Räume nicht klimatisiert sind – auch das ist natürlich wieder eine Frage: Welche Räume klimatisiere ich denn unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten? –, gearbeitet haben, die nicht gerade der menschlichen Physiologie zugetragen sind.

Ich würde gerne noch mal auf die Notwendigkeit eines Kommunikationskonzeptes zum Thema „Klimaschutz, Klimaanpassung“ zu sprechen kommen. Das gehört für mich dazu, wenn sich das Land Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema suffizient beschäftigen möchte. Denn wir müssen damit – das ist gerade bei meinen Vorrednerinnen deutlich geworden – verschiedene Zielgruppen erreichen, die nicht nur Ursachen und Folgen des Klimawandels verstehen, sondern auch ihre eigene Rolle bei der Bewältigung von Klimaveränderung erkennen und dann auch entsprechend annehmen. Das heißt, wir müssen uns stärker damit beschäftigen, dass wir – das ist die bislang vielfach unerfüllte Forderung – vom Wissen zum Handeln kommen. Wir wissen genug, woher die Klimasituation kommt, was eigentlich die Ursache dafür ist. Trotzdem müssen wir eine effektive öffentliche Klimakommunikation auf den Weg bringen, um die Öffentlichkeit aufzuklären, was sie individuell für sich machen können, jetzt wirklich im Sinne der frühzeitigen Prävention. Aber wir müssen auch dieses Thema „Was muss der Einzelne eigentlich tun, um sich an der nötigen Klimawende zu beteiligen?“ entsprechend aufbereiten. Das heißt, wir müssen Informationen, die es ja von vielen Stellen schon gibt, international, aber auch national, bereitstellen, vielleicht auch ... Ich spreche gerne das Thema „Schule“ an, ich spreche gerne das Thema „Kindergärten“ an. Also, es geht darum, das Thema „frühzeitige Bildungsprogramme“ mit Blick auf die Verantwortlichkeit des Einzelnen zu adressieren. Also ein Kommunikationskonzept, denke ich, mit möglicherweise auch anderen methodischen Ansätzen, die wir bisher hatten, als Teil einer modernen Kommunikationsstrategie, das fände ich sehr wichtig.

Christian Berger (CDU): Die Weisheiten und Lehren zum Thema „Elektroauto, Förderung Kleinauto“, dazu habe ich eine andere Meinung und eine andere Erfahrung, aber es steht mir heute nicht zu, dazu eine Aussage zu treffen und das klarzustellen.

Unsere Frage geht noch mal an Professor Dr. Hornberg. Ich möchte noch mal zurückkommen auf den Kern des Antrages. Es geht um Klimagesundheit und einen geschlechtergerechten Aktionsplan, nicht primär um das Thema „Katastrophen und mögliche Auswirkungen der Katastrophen“. Sie haben gerade in Ihrer ersten Beantwortung

sehr klar auf die Klimaanpassung, die Auswirkungen durch die zunehmende Hitzebelastung, die Exposition durch Umweltgifte, die ganze Beeinflussung auf unsere Gesundheit hingewiesen. Jetzt haben wir einen Antrag vorliegen, der nach Geschlecht differenziert und einen Aktionsplan fordert. Sie haben gerade auch schon ein bisschen dazu ausgeführt, aber ich möchte das noch ein bisschen konkreter hören. Es gibt auch die unterschiedlichen Berufe, Dachdecker, die auf dem Dach stehen. Es gibt die Unterscheidung zwischen Städte und der ländlichen Region. Das Alter könnte eine Rolle spielen, die ganzen vulnerablen Gruppen. Was ist Ihre Empfehlung für uns als Politik, hier jetzt gewisse Gruppen oder Personen besonders hervorzuheben, besonders zu fokussieren? Wer braucht den besonderen Schutz – noch –, oder müssen wir es allgemeiner halten, oder können wir noch andere Gruppen identifizieren, die auch so einen Aktionsplan bräuchten? Das frage ich jetzt mal ganz provokativ.

Vorsitzende Britta Oellers: Und das alles in 3 Minuten.

Prof.'in Dr. Claudia Hornberg (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Ich brauche gar nicht so lange. – Ich bin keine Freundin von Aktionsplänen für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Wenn sich ein Bundesland eine Aufgabe stellt, dann tut es gut daran, sich entlang der klassischen Umweltexpositionsseiten zu hangeln. Also, ich gucke mir die Exposition an, Stichwort „städtischer, ländlicher Raum“, ich gucke mir die entsprechenden empfindlichen Bevölkerungsgruppen an, und ich gucke mir die gesundheitlichen Outcomes an. Das ist Regel der Technik. So macht man das einfach.

Wir haben den Deutschen Wetterdienst. Wir haben unser LANUV, das einen wunderbaren Job macht. Wir haben das Landeszentrum für Gesundheit. Die machen einen wunderbaren Job. Also, ich würde mir die Expositionsseiten jetzt erst mal alle besorgen, wenn ich jetzt im Landtag sitzen würde, und würde sagen: Wie sieht das denn eigentlich zu verschiedenen Jahreszeiten aus? Ich würde mir die Jahresverläufe und die Spitzen angucken. Und dann hat man die Exposition bezüglich der Hitze.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass das Thema „Klima“ natürlich nicht nur mit der Hitze zusammenhängt, sondern es hängt auch mit den Luftschadstoffen zusammen. Das müsste man sich vom LANUV mit angucken. Also, man müsste sich feinstpartikuläre Luftschadstoffe angucken, die natürlich im innerstädtischen Bereich sehr viel höher sind als im ländlichen Raum. Im ländlichen Raum, in dem ich seit einigen Jahren leben darf, ist natürlich im Sommer bei solchen Hochstrahlungswetterlagen die Ozonsituation eine entscheidende. Also, wenn ich mich mit Klima beschäftigen will, wenn ich einen entsprechenden Maßnahmenkatalog ableiten will, dann muss ich die Einzel-, aber auch die Mehrfachbelastung angucken.

Vulnerable Gruppen hatten wir. Ich fand das gerade schon ganz gut durchdekliniert.

Was auf Bundesebene sehr hilfreich ist: Das Bundesarbeitsministerium, aber auch das Bundesgesundheitsministerium haben dazu gearbeitet. Was sind besonders exponierte Gruppen? Das sind die Waldarbeiter, das sind die Menschen, die in der Nähe von Autobahntrassen, Autobahnmeistereien arbeiten. Das sind Leute, die die Windenergie-

anlagen aufstellen. Das sind aber auch Förster, das sind Gärtner, das sind Waldarbeiter neben der klassischen Bevölkerung.

Wir haben gerade schon – Stichwort „Mehrfachbelastung“ – den städtischen Raum genauer angeguckt, und wir haben gesagt, dass wir insbesondere da mit einer besonderen gesundheitlichen Belastung zu rechnen haben, wo wir eine große bauliche Verdichtung haben, weil wir zu wenige innerstädtische Grünräume haben. Mein Lieblingsbeispiel ist immer meine ICE-Fahrt von Bielefeld nach Düsseldorf. Ich kenne die Ecke von früheren Zeiten sehr gut. Das Thema „doppelte Innenverdichtung“ führt dazu, dass wir mehr Wohnraum, mehr Hotelfläche haben, aber dass wir weniger innerstädtische Grünräume haben. Das muss ich mir angucken.

Und dann kommt die Vulnerabilität. Da muss man eben unterscheiden: Was sind direkte und was sind indirekte gesundheitliche Auswirkungen? Die direkten gesundheitlichen Auswirkungen hatten wir ja gerade über Temperaturerhöhung, aber auch über Luftschadstoffe besprochen. Das ist das Thema „Herz-Kreislauf-Erkrankungen“. Das ist das Thema „Verschlechterung von vorbestehenden Atemwegserkrankungen“. Es gibt ja eine Reihe an Menschen, die unter Asthma bronchiale leiden, die unter chronischer Bronchitis leiden.

Was wir noch gar nicht angeguckt haben – das möchte ich an der Stelle ausdrücklich nach vorne ziehen –, ist das Thema „Wasser“, also Überflutung und Infektionskrankheiten, die über das Medium Trinkwasser in die Bevölkerung kommen. Wir hatten gerade schon das Thema „psychische Belastungen“, also Angsterkrankungen, aber auch posttraumatische Belastungsstörung gehört, die wir inzwischen zuhauf in den Kinder- und Jugendpsychiatrien sehen, aber auch in der Erwachsenenpsychiatrie.

So würde ich das machen. Ich würde die Exposition durchdeklinieren, ich würde die Vulnerabilitäten anschauen, und ich würde dann die gesundheitlichen Endpunkte durchdeklinieren.

Das waren jetzt keine drei Minuten, aber ich hoffe, es war nicht zu viel.

Vorsitzende Britta Oellers: Es waren vier. Bei viereinhalb werde ich nervös, dann greife ich ein. Nein, jeder hat heute genügend Sekunden draufgekriegt.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank für die Beantwortung in der ersten Runde.

Ich möchte auch meine zweite Frage an Herrn Maur stellen. Sie haben eben schon einen ganz wichtigen geschlechtersensiblen Punkt angesprochen, was die Werbung für Ehrenamtler angeht. Ich glaube, es hat gerade den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen sehr gefreut, zu hören, wie wichtig es ist, dass wir auch unter den Ehrenamtlern viel mehr Frauen in der Feuerwehr brauchen. Ich glaube, das unterstützen wir hier auch von vonseiten des Ausschusses.

Ich möchte Sie jetzt aber fragen, wenn Sie an die Anpassung an den Klimawandel und die Herausforderungen der Feuerwehren denken, ob es weitere Punkte gibt, die ähnlich wie jetzt zum Beispiel Werbung speziell für Frauen so geschlechtssensibel sind,

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (23.)

16.09.2024

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (58.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

rt

oder würden Sie lieber Maßnahmen und Förderprogrammen den Vorrang geben, die nicht geschlechtsspezifisch sind? Also, da jetzt ganz konkret die Frage: Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht langfristig wichtig, damit die Feuerwehr auch gut aufgestellt ist für den Klimawandel?

Herbert Maur (Feuerwehr Sankt Augustin): Das kam eben auch schon mal von den drei Damen, die online zugeschaltet sind, ganz klar raus. Man muss da schon viel früher anfangen. In den Schulen, in den Kindergärten muss man anfangen, und hier muss man schon gewisse Dinge ansprechen. Bei den Feuerwehren gibt es die Brandschutzerziehung. Das fängt dann im Kindergarten an. Das ist immer schön und gut, aber man muss auch hier schon anfangen, das Klima mitzuberücksichtigen. Was gibt es für Gefahren, die auftreten? Das wird da nicht so richtig mit behandelt. Da wird behandelt: Da ist eine Kerze, die stelle ich mal besser nicht unters Bett. – Das ist mittlerweile Standard. Das muss man ausweiten. Und da muss man dementsprechend schauen, dass man hier fördert. Das Thema „Ehrenamt“ bzw. dann auch Feuerwehr populär zu machen, fängt bei den Kindern an, und dann trifft das auch Frau und Mann. Es gibt ja mittlerweile Kinderfeuerwehren, die ab sechs starten, oder die Jugendfeuerwehr, die ab zehn Jahren startet. Dort haben wir einen hohen Anteil an weiblichen Mitgliedern. Das hört aber dann schlagartig komischerweise mit 18, 19 auf. Da weiß ich nicht, woran das liegt. Wir arbeiten daran intern bei uns, kann ich jetzt nur sagen, aber hier ist der Ansatz, im frühen Alter anzufangen, der richtige. Das geht dann in der Zukunft ein bisschen verloren. Da würde ich mir wünschen, dass in der Schule schon angefangen wird, solche Projekte auszuarbeiten.

Und dann ist das Klima untereinander auch wesentlich besser, wenn man dann ab 18 in das wahre Feuerwehrleben oder in den wahren Katastrophenschutz eintritt, denn erst dann darf ich rechtlich Einsätze mitfahren und dementsprechend auch Hand an Werkzeug oder auch Hand an Brandbekämpfung oder technische Hilfeleistung legen.

In Schulen und Kindergärten tut Feuerwehr schon viel – jetzt kommt es wieder – im Ehrenamt. Man verlässt sich immer auf das Ehrenamt. Auch hier, wo Sie gerade Fördermittel angesprochen haben, müsste viel mehr gefördert werden in Schulen und Kindergärten.

Vorsitzende Britta Oellers: Ich gucke mal zur AfD. Haben Sie noch Fragen? – Nein.

Dann ist die zweite Runde beendet. Wir kommen in die dritte Runde. – Frau Butschkau von der SPD, bitte.

Anja Butschkau (SPD): Ich möchte mich noch mal auf die Frage des Kollegen Berger beziehen. Es ist überhaupt nicht die Frage, ob wir ein Gender-Action-Plan, also diesen Aktionsplan für Klimagesundheit einführen, denn das war ja ein Beschluss – daran möchte ich hier erinnern – der Vereinten Nationen von November 2017. Also, es stellt sich überhaupt nicht die Frage, ob wir einen Aktionsplan einführen, sondern – und das ist unsere Frage – mit welchen Akteurinnen und Akteuren wir das tun. Diese Frage würde ich gerne an Frau Professorin Wotha und an Frau Professorin Hornberg richten.

Prof.'in Dr. Brigitte Wotha (Fachhochschule Kiel [per Video zugeschaltet]): Ich bin keine Expertin, was Nordrhein-Westfalen angeht, außer dass ich weiß, dass Sie gerade in meinem Spezialfeld, wenn es um grüne Infrastruktur in den Städten geht, sehr vorbildlich sind. Ich hatte die Gelegenheit, mir die Revierparks anzugucken. Das fand ich schon ganz klasse und vorbildlich und werde es auch übernehmen und habe auch dafür schon geworben.

Mit welchen Akteuren müssen wir arbeiten? Ich würde sagen, klar, die Akteure in der Landesregierung sind gefragt, die einzelnen Ressorts, und zwar alle Ressorts, Umwelt, Natur usw. Die Gleichstellungsbeauftragten würde ich mit einbeziehen. Sie haben ja ein wunderbares – wie heißt die jetzt noch? – Frauennetzwerk Ruhrgebiet. Die haben ja auch zur Klimagerechtigkeit Veröffentlichungen gemacht und dazu auch gearbeitet. Die würde ich empfehlen, also die Gleichstellungsbeauftragten. Die Unieinrichtungen würde ich auch einbeziehen. Aber dazu kann sicherlich die Kollegin Hornberg noch mehr sagen. Auch die Akteure, die wir schon vorhin angesprochen haben, nämlich die zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Aktivistinnen, aber auch medizinische Pflegeberufe wie Landesärzterverband, Krankenhäuser, die öffentlichen Gesundheitsinstitutionen und die nationalen Forschungseinrichtungen gehören dazu.

Ich finde es ganz wichtig, dass wir über die einzelnen Sektoren hinweg denken müssen, dass wir integriert denken müssen. Wenn wir an „gesunde Stadt“ denken, sind natürlich auch die Planungsinstitutionen gefragt. Und ich denke auch immer gerne an die kommunale Familie, dass wir also die Kommunen auch unterstützen und einbeziehen, wenn es um die Klimaaktionspläne geht, die auch auf kommunaler Ebene laufen. Ich untersuche gerade Klimaaktionspläne auf Genderbezüge und stelle fest, dass in den aktuellen Klimaaktionsplänen da noch sehr wenig zu finden ist. Also, das wäre auch so ein Punkt, gerade wenn es vom Erforschen ins Handeln geht. Die Klimaaktionspläne sind das, was das Nächste ist, oder auch Wärmeplanung, da müssen wir natürlich ganz extrem arbeiten. Deswegen wäre meine Empfehlung, auch da Kooperationen zu suchen.

Prof.'in Dr. Claudia Hornberg (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Ich fange mal an, für mich ein bisschen zu strukturieren. Ich erlebe immer, dass von der Bundes- auf die Landesebene und von der Landesebene auf die kommunale Ebene verwiesen wird, und den Weg gibt es auch zurück, von der kommunalen wird auf die Landesebene und dann auf die Bundesebene verwiesen. Wir haben die Bundesebene heute erst mal nicht mitzuberücksichtigen. Trotzdem würde ich an der Stelle schon einige Institutionen mit ins Boot holen wollen für Nordrhein-Westfalen. Das ist nämlich die Bundesärztekammer, die sich schon zum Thema „Klimaanpassung und Klimaschutz, Nachhaltigkeit“ sehr früh positioniert hat. Das finde ich an der Stelle ein wichtiges Papier.

Auf der Länderebene macht es aus meiner Sicht wirklich Sinn, bei den zuständigen Ministerien dieses Thema noch einmal abzurufen und durchzudeklinieren, also das Umweltministerium sicherlich. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine wunderbare Historie zum Thema „Aktionsprogramm ‚Umwelt und Gesundheit‘“, wo man schon viele

Dinge frühzeitig angelegt hat. Das Thema der Berücksichtigung der kommunalen Ebene kann aus Sicht der Gesundheitsämter, aber auch der Umweltämter sehr gewinnbringend sein. Wenn ich in Bielefeld sitze und über den Teutoburger Wald gucke, dann habe ich eine ganz andere Situation, was beispielsweise die wasserbelastende Situation angeht. Also, man muss die Vor-Ort-Kenntnis haben, auch mit Blick auf Klimaanpassungsstrategien. Auf der anderen Seite muss ich dann wieder übers Land integrieren, also Stichwort „Landeszentrum für Gesundheit“ oder eben auch das LANUV.

Berufsverbände hatte ich gesagt. Ich würde neben dem Netzwerk Frauen und Geschlechterforschung Nordrhein-Westfalen, die ja auch eine sehr lange Geschichte haben, wo viele Universitäten miteinander unterwegs sind, unbedingt auch das Netzwerk für Unternehmerinnen ansprechen. Das jetzt mal so aus dem Stand.

Im Grunde ist die Frage: Was mache ich eigentlich mit diesen großen Wassermengen, die kommen? Das heißt, ich brauche auf jeden Fall auch die Wasserbauingenieure mit an Bord. Ich brauche die ingenieurwissenschaftlichen und die planungswissenschaftlichen Expertisen. Das wird ein breites Feld, wenn man das wirklich ernst meint.

Wenn ich das Thema „Beteiligungsverfahren“, das heute immer sehr schnell aufgerufen wird, ernst nehme, dann steckt da auch wirklich viel Arbeit hinter, ein gutes Beteiligungskonzept zu haben, um die verschiedenen Bürgerinnen – ich glaube, das ist gerade deutlich geworden – ins Boot zu holen.

Das ist jetzt erst mal so aus dem Stand.

Vorsitzende Britta Oellers: Herzlichen Dank. – Wir haben noch zehn Minuten. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Bakum.

Rodion Bakum (SPD): Ich dachte, dass die Kollegen auch noch mal rein wollen.

Letzte Frage. Im April dieses Jahres, wenige Tage, nachdem dieser Antrag fertig war – wir haben keine hellseherischen Fähigkeiten; ich kann das versichern –, hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg weitreichende Entscheidungen getroffen, und zwar aufgrund von Klagen aus Portugal, Frankreich und insbesondere der Schweiz, nämlich nicht nur, dass Klimaschutz eine Menschenrechtsfrage ist, sondern auch die Geschlechter unterschiedlich betrifft. Insbesondere die Klage aus der Schweiz von Seniorinnen war erfolgreich, dass die nationalen Regierungen, Parlamente eine geschlechtergerechte Klimapolitik betreiben müssen, also eine Gerichtsentscheidung, keine politische Entscheidung. Insofern die Frage, inwiefern solche Entscheidungen – es gab ja zur Klimapolitik durchaus einige in der Vergangenheit – ihrer wissenschaftlichen Arbeit, aber auch unserer politischen Arbeit helfen.

Die Frage geht an Frau Professor Hornberg, Frau Professor Wotha und an Frau Baltruks.

Dorothea Baltruks (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Frage. Das Beispiel der Schweizer Klimaseniorinnen ist insofern für uns auf jeden Fall Rückenwind, als natürlich endlich mal der Fokus darauf gerichtet wird, dass die Auswirkungen des Klimaschutzes nicht nur unsere Enkel, unsere Nachfahren, sondern eben auch ältere Menschen betrifft. Das ist natürlich von unserer Seite aus sehr begrüßenswert. Dass das Klimaseniorinnen sind, ist in dem Sinne natürlich verständlich. Wir wissen ja, dass Frauen überrepräsentiert sind in der hochaltrigen Bevölkerungsgruppe, die eben besonders vulnerabel ist im Kontext insbesondere von Hitze. Insofern ist es gut, die Aufmerksamkeit zu haben.

Inwieweit uns das jetzt juristisch weiter Rückenwind gibt, das kann ich an dieser Stelle nicht beurteilen. Ich bin keine Juristin. Ich glaube, insgesamt mehr Fokus darauf zu setzen oder auch öffentliche Aufmerksamkeit dafür zu bekommen, welche Klimaauswirkungen wir jetzt schon sehen bei diesen vulnerablen Bevölkerungsgruppen, das ist für uns auf jeden Fall sehr hilfreich auch in unserer Argumentation.

Vielleicht darf ich als abschließenden Punkt auch noch sagen: Das Gesundheitsargument ist insgesamt auch im Kontext des Klimaschutzes und der Klimaanpassung eine riesige Chance, weil man damit eben viele Menschen auf einer ganz persönlichen Ebene erreichen kann und diese abstrakte Gefahr des Klimawandels oftmals sehr konkret wird und man viel anschaulicher begreifen kann, warum es für uns alle jetzt schon relevant ist, entweder für uns selber oder vielleicht für Angehörige, für Menschen in unserer näheren Umgebung, die wir kennen.

Insofern, ja, die Risikokommunikation und das Negative stehen hier im Fokus, aber ich glaube, es kann auch eine große Chance sein, Klimaschutz viel persönlicher zu machen und da einen persönlicheren Anknüpfungspunkt zu haben.

Prof.'in Dr. Claudia Hornberg (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Aus meiner Sicht hat meine Vorrednerin schon alles adressiert. Es ist natürlich hilfreich, wenn Themen auf die europäische Agenda geholt werden.

Wir haben gerade an verschiedenen Stellen gesehen, dass wir die Begleitung von Prozessen nicht umsonst bekommen. Wenn ich das Thema „kontinuierliches Monitoring“ nehme, das vom Robert Koch-Institut auch aufgerufen wurde, oder auch Evaluierung mit festen Verantwortlichkeiten – auch vom Robert Koch-Institut –, dann ist das natürlich wünschenswert, notwendig. Das gibt es aber nicht umsonst.

Ähnlich ist es beim Thema „Datenerhebung“. Entweder beauftrage ich eine Institution wie das Landeszentrum für Gesundheit oder das LANUV mit einer Datenerhebung, oder ich beauftrage wissenschaftliche Einrichtungen. Das ist mein Kommentar. Ein Thema aufzurufen, ist das eine, aber dann in die Handlungsebene zu bringen und dann vielleicht auch noch über ein Quartiersmanagement ... Das ist ja nicht nur Wissenschaft, die Daten erhebt, sondern ich muss das, was an Implikationen herauskommt, ins Stadtquartier, in die Bevölkerung bringen. Da brauche ich andere Berufsgruppen, da brauche ich Sozialarbeiterinnen, da brauche ich Quartiersmanager, -managerinnen, die wir in NRW ja auch haben. Die haben aber jetzt auch nicht ganz wenig zu tun.

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (23.)

16.09.2024

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (58.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

rt

Also, dieses Maßnahmenpaket als solches ist ein eigener Planungsprozess, der dann erforderlich wird, aus meiner Sicht jedenfalls.

Prof.'in Dr. Brigitte Wotha (Fachhochschule Kiel [per Video zugeschaltet]): Damit haben wir jetzt eine Verpflichtung, und die Verpflichtung sagt, dass wir diese Genderbelange berücksichtigen und einbeziehen müssen. Ich weiß jetzt nicht genau, wie das jetzt operationalisiert werden soll, aber wir haben gerade immer wieder gehört, dass wir monitoren müssen, wie sich unsere Maßnahmen auswirken. Es gibt viele EU-Förderprogramme – die waren schon lange Vorbild –, die uns gezeigt haben, dass, wenn vorgeschrieben ist, dass Genderbelange berücksichtigt werden, die auf einmal auch sichtbar werden. Ich habe selber sehr viel in ländlichen Räumen gearbeitet, bei den LEADER-Programmen. Nur dadurch, dass wir verpflichtet wurden, die Genderbelange einzubeziehen, sind das erste Mal Projekte in der Form aufgetreten.

Umgekehrt, aus dem Forschungsbereich: Die DFG ist da ganz stark und schreibt uns ganz genau vor, wie wir die berücksichtigen müssen. Und auf einmal gibt es Forscherinnen, wo vorher jeder gesagt hat, es gibt keine. Es werden auch in den Datenerhebungen und in den Auswertungen diese Belange berücksichtigt. Also, ich denke, wir haben ein Schwert, wir müssen es nur nutzen.

Vorsitzende Britta Oellers: Herzlichen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich darf mich ganz herzlich bei Frau Professorin Hornberg, bei Frau Professorin Wotha, bei Frau Baltruks und bei Herrn Maur für Ihre Zeit, für Ihre vielen Informationen bedanken.

Wir sehen uns im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am Donnerstag wieder.

Ich schließe die Sitzung.

gez. Britta Oellers
Vorsitzende (AGF)

Anlage

24.09.2024/26.09.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen und
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

NRW braucht einen Aktionsplan für die geschlechtergerechte Klimagesundheit,
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/8894

am Montag, dem 16. September 2024,
13.00 Uhr bis 14.30 Uhr, Raum E1 D05, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Prof. Dr. Claudia Hornberg Universität Bielefeld Medizinische Fakultät OWL Bielefeld	Prof. Dr. Claudia Hornberg (per Videokonferenz)	keine
Prof. Dr. Brigitte Wotha Institut für Bauwesen Fachhochschule Kiel Kiel	Prof. Dr. Brigitte Wotha (per Videokonferenz)	keine
KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. Dr. Matthias Albrecht Berlin	Dorothea Baltruks (per Videokonferenz)	18/1726
Herbert Maur Leiter der Feuerwehr Sankt Augustin Sankt Augustin	Herbert Maur	keine